

Von: Pfeiffer, Stefan  
Betreff: Presseanfrage: epan e n rung von Microsoft 365 in der Stadtverwaltung — Prüfung von Alternativen und digitale Souveränität
Datum: 19. August 2026 um 13:55
An: pressestelle@darmstadt.de



Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Stefan Pfeiffer. Ich bin Darmstädter Bürger, ehemaliger Journalist und schreibe seit über 17 Jahren unter stefanpfeiffer.blog über Digitalisierung, digitale Souveränität und die IT der öffentlichen Verwaltung. Gemeinsam mit Lars Basche produziere ich zudem wöchentlich den Podcast #9vor9.

Anlass meiner Anfrage ist der mehrtägige Ausfall des städtischen E-Mail-Systems im Sommer und die daran anschließende Berichterstattung, wonach das veraltete System GroupWise durch Microsoft 365 abgelöst werden soll und die Projektverantwortung für die „Einführung Microsoft 365“ dem Dezernat des Oberbürgermeisters zugeordnet wurde.

Ich würde dieses Vorhaben gerne fundiert und fair einordnen — und dazu gehört, dass die Stadt selbst zu Wort kommt. Deshalb bitte ich Sie um eine Stellungnahme zu den folgenden Fragen:

1. Sachstand

Trifft es zu, dass die Stadt Darmstadt die Einführung von Microsoft 365 / Office 365 plant, insbesondere um das bisherige E-Mail-System GroupWise abzulösen? Wie ist der aktuelle Planungsstand, welche Bereiche sind bereits produktiv, und welcher Zeitplan ist für die weitere Einführung vorgesehen?

2. Prüfung von Alternativen

Wurden vor dieser Entscheidung Alternativen detailliert und aktiv geprüft? Wenn ja: Welche Lösungen wurden betrachtet, nach welchen Kriterien wurden sie bewertet, und liegt diese Bewertung in dokumentierter Form vor?

3. ZenDiS und openDesk

Wurde Kontakt zum Zentrum für Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) aufgenommen? Besteht ein aktiver Austausch? Wurde oder wird eine Machbarkeitsprüfung durchgeführt, ob openDesk ganz oder in Teilen — etwa für Groupware und E-Mail — eingesetzt werden könnte, und welche technischen, organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssten?

Diese Frage stelle ich auch deshalb, weil die Praxistauglichkeit inzwischen belegt ist: Im Projekt „Cloudbasierte Kommunikation für kritische Infrastrukturen“ (CKKI) haben die Deutsche Rentenversicherung Bund und die Bundesagentur für Arbeit openDesk gemeinsam mit weiteren Beteiligten als Notfallarbeitsplatz erprobt — mit E-Mail, Chat, Dateiablage und Videokonferenz unter Realbedingungen, über vier getrennte Cloud-Instanzen hinweg und einschließlich eines Anbieterwechsels im laufenden Betrieb. Das Fazit fiel positiv aus. Zwei der größten Sozialversicherungsträger Europas haben openDesk also ausgerechnet für den Szenariofall getestet, in dem sich Darmstadt im Sommer faktisch befand — den Ausfall des primären Kommunikationssystems. War dieses Ergebnis der Stadt bekannt, und ist es in die Entscheidungsfindung eingeflossen?

4. Fachverfahren, Dokumentenmanagement und Archiv

Ein häufig genanntes Argument gegen Open-Source-Arbeitsplätze ist die Anbindung der Fachverfahren. Wurde deshalb Kontakt zu den Anbietern der in Darmstadt eingesetzten Fachverfahren aufgenommen, um zu prüfen, ob und mit welchem Aufwand eine Integration mit openDesk beziehungsweise LibreOffice möglich wäre — etwa bei Dokumentenerzeugung, Vorlagen, Serienbriefen und Schnittstellen?

Gleiches gilt für das Dokumentenmanagement- und Archivsystem: Wurde mit dem DMS- beziehungsweise Archivanbieter geklärt, ob eine Anbindung an openDesk und LibreOffice sowie eine durchgängige Verarbeitung offener Formate (ODF) und eine revisionssichere Langzeitarchivierung unterstützt werden? Falls solche Anfragen gestellt wurden: Welche Rückmeldungen gab es, und liegen diese schriftlich vor? Falls nicht: Auf welcher Grundlage wurde die Integrationsfähigkeit dann bewertet?

5. Interkommunale Zusammenarbeit und kommunale Rechenzentren

Hat sich die Stadt mit anderen hessischen Kommunen oder mit Kommunen außerhalb Hessens abgestimmt, um gemeinsam zu handeln — etwa bei Beschaffung, Betrieb oder Migration?

Wurde darüber hinaus Kontakt zu kommunalen IT-Dienstleistern und Rechenzentren aufgenommen — in Hessen insbesondere ekom21, darüber hinaus etwa Dataport? Gab oder gibt es Überlegungen, gemeinsam mit einem kommunalen Rechenzentrum eine Machbarkeitsstudie zu Betrieb und Hosting einer souveränen Arbeitsplatzlösung durchzuführen? Mehrere dieser Dienstleister betreiben bereits Open-Source-Arbeitsplätze für die öffentliche Hand, sodass Darmstadt hier nicht bei null anfangen müsste.

6. Regionale Wertschöpfung und Förderung der lokalen IT-Wirtschaft

Darmstadt trägt den Titel „Digitalstadt“ und verfügt mit der TU Darmstadt, dem Fraunhofer SIT, dem Nationalen Forschungszentrum ATHENE, der Hochschule Darmstadt sowie einer dichten Landschaft mittelständischer IT- und Software-Unternehmen über ein IT-Ökosystem, um das viele Kommunen die Stadt beneiden.

Vor diesem Hintergrund: Wurde bei der Entscheidung berücksichtigt, wohin das Geld fließt? Lizenzgebühren an einen US-Konzern verlassen den regionalen Wirtschaftskreislauf vollständig. Aufwendungen für Einführung, Anpassung, Integration, Betrieb, Support und Schulung einer offenen Lösung dagegen wären in erheblichem Umfang an regionale Dienstleister vergebbar — und blieben damit als Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Gewerbesteuer in der Region.

Konkret gefragt:

Wurde geprüft, welcher Anteil der Projekt- und Betriebskosten bei einer Open-Source-Variante an Unternehmen aus Darmstadt und Südhessen vergeben werden könnte?

Wurden lokale IT-Unternehmen, die Darmstädter IT-Wirtschaft oder die Digitalstadt Darmstadt GmbH in die Bewertung der Handlungsoptionen einbezogen — etwa über eine Markterkundung nach § 28 VgV?

Wurde eine mittelstandsfreundliche Vergabe mit Losaufteilung im Sinne von § 97 Abs. 4 GWB geprüft, die kleineren regionalen Anbietern eine Beteiligung überhaupt erst ermöglicht?

Und wie verträgt sich eine Lizenzentscheidung zugunsten eines einzelnen US-Anbieters mit dem Anspruch der Stadt, als Digitalstadt auch Standortförderung für die eigene IT- und Cybersecurity-Branche zu betreiben?

7. Kosten und Preisentwicklung

Mit welchen Gesamtkosten für Microsoft-Lizenzen rechnet die Stadt Darmstadt — jährlich und über die geplante Vertragslaufzeit? Wie werden dabei die erheblichen Preissteigerungen berücksichtigt, die Microsoft in den vergangenen Jahren gegenüber der öffentlichen Hand durchgesetzt hat? In Bayern stiegen die Lizenzkosten des Freistaats zwischen 2020 und 2025 laut Landtagsdrucksache um über 60 Prozent, von rund 30 auf knapp 50 Millionen Euro; Bundesbehörden kalkulieren nach Berichterstattung bereits mit bis zu 40 Prozent Mehrausgaben. Wurde eine Vollkostenrechnung über zehn Jahre — inklusive absehbarer Preisanpassungen, Lizenzbündelung und Supportmodell — im Vergleich zu einer Open-Source-Variante erstellt?

8. Microsoft Copilot und KI

Sind Microsoft Copilot beziehungsweise KI-Funktionen Teil der Planung oder des Lizenzmodells? Ich frage, weil sich hier ein bekanntes Muster abzeichnet: KI-Funktionen werden zunächst günstig oder kostenfrei ausgerollt und bei Vertragsverlängerung eingepreist. Wenn Verwaltungsprozesse erst einmal auf diesen Funktionen aufsetzen, entsteht eine Abhängigkeit, aus der ein Ausstieg praktisch kaum noch möglich ist. Wie bewertet die Stadt dieses Risiko, und welche Exit-Strategie ist vorgesehen?

9. Einordnung im bundesweiten Kontext

Andere öffentliche Stellen gehen einen anderen Weg: Schleswig-Holstein migriert seine Landesverwaltung schrittweise auf Open-Source-Lösungen, Bayern hat einen geplanten Microsoft-Rahmenvertrag gestoppt und arbeitet an einem „souveränen Basisarbeitsplatz“, und openDesk ist unter anderem beim Robert Koch-Institut, in Teilen der Bundeswehr und beim Internationalen Strafgerichtshof produktiv im Einsatz — ergänzt um die oben genannten Ernstfalltests von Rentenversicherung und Bundesagentur für Arbeit. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich zudem darauf verständigt, bis März 2027 digital souveräne Alternativen an Verwaltungsarbeitsplätzen bereitzustellen. Wie ordnet die Stadt Darmstadt ihre Entscheidung in diesen Rahmen ein — gerade als Kommune, die sich als „Digitalstadt“ positioniert und ein Zentrum für Cyber-Resilienz anstrebt?

Ich bin mir bewusst, dass eine Verwaltung mit rund 3.000 Arbeitsplätzen nach einem Systemausfall unter erheblichem Handlungsdruck steht und dass Open-Source-Lösungen nicht in jedem Funktionsbereich bereits auf Augenhöhe sind. Genau deshalb interessiert mich, wie diese Abwägung in Darmstadt konkret getroffen wurde.

Wäre eine Antwort innerhalb der kommenden vier Wochen möglich? Ich plane, meine Fragen und Ihre Antworten in meinem Blog sowie in meinen Social-Media-Kanälen zu veröffentlichen — selbstverständlich vollständig und unverkürzt. Gerne biete ich Ihnen auch ein Gespräch an, falls sich einzelne Punkte mündlich besser klären lassen, etwa mit dem Amt für Informationstechnologie.

Für Rückfragen stehe ich jederzeit zur Verfügung. Vielen Dank für Ihre Mühe.

Mit besten Grüßen

Stefan Pfeiffer



